

Antrag Nr. 1

Antragsteller: BDKJ-Diözesanvorstand

Der BDKJ-Hauptausschuss hat einstimmig beschlossen:

Neue Schulen braucht das Land

Chancengleichheit ist entscheidend

Bildung hat zum Ziel, Menschen zu befähigen, künftige Aufgaben kraft eigener Vernunft und Anstrengung selbständig zu bewältigen und ist so eine wesentliche Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Bildungsabschlüsse beeinflussen maßgeblich den Lebensweg sowie die Erwerbschancen im Berufsleben. Zudem ist die Fähigkeit zu gesellschaftlicher und demokratischer Teilhabe und zu einem angemessenen Umgang mit technischem und wirtschaftlichem Wandel ein Ergebnis von Bildung. Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung ist deshalb von grundlegender Bedeutung für die Beteiligungsgerechtigkeit unserer Gesellschaft. Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und die Chancen auf formalen Bildungserfolg sind auch eine soziale Frage.

Individuelle Förderung für alle

Die Förderung jeder einzelnen Begabung ist eine Frage der Chancengleichheit. Zudem wird es in einer Gesellschaft, die infolge des demographischen Wandels zahlenmäßig kleiner wird und deren kulturelle Heterogenität zunimmt, zu einer zukunftsentscheidenden Aufgabe, jede Einzelne und jeden Einzelnen bestmöglich zu fördern. Der Skandal, dass in Deutschland Bildungschancen besonders stark durch die soziale Herkunft bestimmt werden, ist nicht hinnehmbar. Die Verhinderung sozialer Diskriminierung im Bildungssystem ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es bedarf eines differenzierten Angebotes, um allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von der Herkunft, Zugang zu optimaler Bildung zu eröffnen.

Investitionen in Bildung

Jenseits der Frage nach Schulformen ist eine erhebliche Ausweitung der Investitionen in Bildung notwendig. Nur so können alle Kinder und Jugendliche in ausreichendem Maß gefördert und die Zukunftsfähigkeit des Landes gesichert werden. Individuelle Förderung, kleinere Klassen, mehr Lehrerinnen und Lehrer, eine bessere Ausstattung der Schulen, zusätzliche begleitende Angebote durch Pädagogen/-innen, Sozialarbeiter/-innen, Seelsorger/-innen und Psychologen/-innen, - all dies ist notwendig, um eine tatsächliche Bildungsreform zu vollziehen.

Längeres gemeinsames Lernen ist ein wesentlicher Schlüssel, um allen Kindern und Jugendlichen die Chance auf Entwicklung und Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Hinsichtlich der weiterführenden Schulen sind solche zu fördern, die Kindern und Jugendlichen ein möglichst langes gemeinsames Lernen und ein möglichst langes Offenhalten aller Bildungsabschlüsse ermöglichen. Dies ist besonders wichtig, um Kindern und Jugendlichen, die strukturell benachteiligt sind, etwa, weil sie aus bildungsfernen Milieus stammen, eine bessere Perspektive zu schaffen.

Katholische Jugendverbände als Partner

Die katholischen Jugendverbände verstehen sich als bewährte und qualifizierte Träger einer außerschulischen Bildungsarbeit und sehen die immer beherrschender werdende Position der Schule im Alltag der Kinder und Jugendlichen mit Sorge. Die katholischen Jugendverbände setzen sich für eine Pädagogik ein, die aufbauend auf dem christlichen Glauben, ihren Schwerpunkt auf die individuelle Entwicklung der Persönlichkeit, das Erfahren demokratischer Strukturen, das Miteinander der Geschlechter, Nationalitäten und sozialen Milieus setzt.

Schulreform in Hamburg

Vor diesem Hintergrund sieht der BDKJ in der von der Hamburger Bürgerschaft beschlossenen Schulreform Chancen und Grenzen.

- Die Reduzierung der Klassengrößen ist ein wichtiger Schritt in die Richtung eines stärker individualisierten Lernens.
- Um allen Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden, bedarf es damit einhergehend einer zahlenmäßigen Verbesserung des Betreuungsschlüssels zwischen Schülerinnen und Schülern auf der einen Seite und Lehrerinnen und Lehrern auf der anderen Seite. Die geplante Einstellung von zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern ist daher positiv zu bewerten. Darüber hinaus ist es erforderlich, den Professionsmix an den Schulen zu verändern. Mehr Sozialarbeiter und mehr Psychologen sind dringend erforderlich.
- Mit der Einrichtung von Stadtteilschulen kann das Ziel eines längeren Offenhaltens von allen Optionen erreicht werden. An den Stadtteilschulen wird gemeinsames Lernen bis zur 9. bzw. 10. Klasse realisiert, mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit ist zu erwarten. Die Stadtteilschule ist Regelschule und sollte daher bevorzugt gefördert werden.
- Wenn eine Entscheidung über einen Schulwechsel zu fällen ist, dann ist weder die totale Wahlfreiheit für Eltern noch die alleinige Entscheidungskompetenz von einzelnen Lehrerinnen und Lehrern der richtige Weg. Vielmehr soll im Diskurs zwischen Eltern, Lehrerinnen und Lehrern, sowie weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Sozialarbeiter, Psychologen etc.) entschieden werden.

- Die Begrenzung des längeren gemeinsamen Lernens auf sechs Jahre (Primarschule) ist aus unserer Sicht willkürlich und nicht logisch konsequent. Wenn längeres gemeinsames Lernen der Bildungsweg ist, der mehr Chancengerechtigkeit und bessere Ergebnisse insgesamt bietet, dann müssten neun bzw. zehn Jahre gemeinsamen Lernens das Ziel sein. Die katholischen Jugendverbände unterstützen dieses Ziel.
- Das permanente Reformieren am Bildungssystem ist oftmals das Ergebnis von Entscheidungs- und Abwägungsprozessen, die nicht zu Ende geführt wurden. Schülerinnen und Schüler sowie Eltern und Lehrerinnen und Lehrer sind einer erheblichen Unsicherheit ausgesetzt, die kontraproduktiv ist. Deshalb ist positiv anzumerken, dass alle in der Hamburgischen Bürgerschaft vertretenen Parteien sich auf einen Weg zur Behebung der eklatanten Missstände bei den Schulen der Stadt geeinigt und einen Schulfrieden für die kommenden zehn Jahre beschlossen haben.

Stimmt ab für eine bessere Schule!

In Anbetracht der oben beschriebenen Chancen, aber auch Grenzen der beschlossenen Schulreform, möchte der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) kein eindeutiges Votum zur Reform und zum Gegenstand der Volksabstimmung abgeben. Deswegen rufen wir dazu auf, die Argumente sorgsam abzuwägen und dann vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Den katholischen Jugendverbänden ist klar, dass sowohl ein Scheitern der Volksinitiative als auch ein Erfolg der Initiative nichts an dem weiteren, erheblichen Reformbedarf im Bildungsbereich der Freien und Hansestadt Hamburg ändert.

Ein langer Weg zur neuen Schule ist noch zu gehen. Im Zentrum aller Diskussionen und Entscheidungen müssen dabei die Kinder und Jugendlichen dieser Stadt stehen.